

# Medienbeobachtung

11.09.2023

# Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Finanzausgleich: Länder pochen auf neuen Verteilungsschlüssel**  
11.09.2023 , OÖNachrichten Seite 2

OÖNachrichten vom 11.09.2023

## **Finanzausgleich: Länder pochen auf neuen Verteilungsschlüssel**

**An Steuerhoheit des Bundes wollen aber weder Kärntens Landeschef Kaiser (SP) noch Oberösterreichs Landeschef Stelzer (VP) rütteln**

Wien. Am Montag, 18. September, ist der nächste wichtige Termin für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs (FAG). Da kommen die neun Landeshauptleute in Wien zur Konferenz zusammen, um eine gemeinsame Antwort auf das jüngste Angebot des Bundes zu formulieren.

Der Tenor aus den Ländern auf das am Freitag vorgelegte Angebot des Bundes (die OÖN berichteten) ist - in abgestufter Freundlichkeit - ähnlich: ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein Durchbruch. So bewertete auch Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) - im Ton tendenziell noch am positivsten - das Angebot.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SP), der ebenfalls Teil des Länderverhandlungsteams ist, gab sich zwar erfreut, dass "endlich Bewegung" in die Verhandlungen komme. Er pocht aber weiter auf eine Änderung des Verteilungsschlüssels bei der Aufteilung der jährlichen Steuereinnahmen in Höhe von rund 90 Milliarden Euro - derzeit lautet der Schlüssel 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder, 12 Prozent Städte und Gemeinden.

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (VP) wies wie Ludwig darauf hin, dass gerade jene Bereiche, in denen die Kosten besonders stark steigen (z.B. Gesundheit), in Länderkompetenz seien. "Wir werden das alleine ohne Änderung des Schlüssels nicht mehr schaffen", sagte Haslauer.

Das betonte auch der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SP) in der ORF-Pressesunde. Die Kosten in von den Ländern und Gemeinden verantworteten Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung oder Bildung seien "exorbitant gestiegen". Daher brauche man mehr Mittel. Ohne Einigung drohten Einschränkungen, warnte Kaiser.

Mehr Geld insbesondere für die Städte und Gemeinden forderte der Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP). Die Städte und Gemeinden seien mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert. "Einschnitte in Kinderbetreuung, Gesundheit, Sozialem oder Pflege sind aber nicht akzeptabel", sagte Luger. Er fordert einen Verteilungsschlüssel, bei dem der Bund künftig 65 Prozent, die Länder weiter 20 und die Städte und Gemeinden künftig 15 Prozent der Steuereinnahmen bekommen sollten.

Im Finanzministerium nannte man gestern "eine bloße Veränderung des Verteilungsschlüssels nicht zielführend". Nötig seien gezielte Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung. Der am Freitag vorgeschlagene "Zukunftsfonds" soll laut Ministerium dabei helfen.

Der mit Abstand größte Teil des Steuerkuchens wird in Österreich vom Bund eingehoben. Sollte man alternativ darüber nachdenken, den Bundesländern eine größere Eigenständigkeit beim Einheben von Steuern zu geben?

Das halten weder Oberösterreichs Landeshauptmann Stelzer noch der Kärntner Landeschef Kaiser für sinnvoll.

Für Oberösterreich wäre eine solche Steuerhoheit zwar "wahrscheinlich sogar ein Vorteil", sagt Stelzer im OÖN-Gespräch. "Denn wir sind ein wirtschaftsstarkes Bundesland." Angesichts der Größe Österreichs sei eine Diskussion über eine Aufsplitterung der Steuersysteme auf die Bundesländer "aber wenig zielführend", sagt Stelzer. In der Schweiz, wo die einzelnen Kantone eine beträchtliche Steuerhoheit haben, gebe es im Hintergrund "sehr komplizierte Ausgleichsmechanismen".

Dass der Bund den Großteil der Steuern einhebt, nennt auch Kaiser "den effizientesten, aber auch effektivsten Weg". (mst)

*Bild: Landeshauptleute Kaiser (SP), Haslauer (VP) wollen mehr Geld für die Länder, Linzer Stadtchef Luger (SP) pocht auf mehr Geld für Städte und Gemeinden.*

*Bild: Fotos: APA/Eggenberger, APA/Neumayr, Weihbold*

Quelle	OÖNachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

## KOMMENTAR

VON  
ANNETTE GANTNER

## Gläserner Staat

Das Wort Informationsfreiheitsgesetz ist sperrig, der Inhalt aber umso wichtiger. Es geht darum, dass die Bürger und Bürgerinnen ein Recht auf amtliche Informationen haben.

Österreich ist mit dem antiquierten Amtsgeheimnis in Rankings zur Informationsfreiheit Schlusslicht in Europa. Zum Vergleich: In

## Die Regierung könnte jetzt Tatkraft beweisen

Schweden gilt das Öffentlichkeitsprinzip seit 1766. Es ermöglicht den Bürgern, Einsicht in die Vorgänge der Behörden zu nehmen.

In Österreich hingegen ermittelt die Staatsanwaltschaft auf Antrag der Stadt unlängst gegen einen Journalisten, der über Misswirtschaft im Klagenfurter Rathaus berichtet hatte. Vorwurf: Er habe das Amtsgeheimnis verletzt.

Vorschläge, aus der rückständigen Republik einen gläsernen Staat zu machen, gibt es seit langem. Die Verwaltung könnte Baugenehmigungen oder Gutachten einfach zugänglich machen. Dadurch würde die Korruption eingedämmt. Die Opposition zeigt sich für Änderungen bereit. Will die Regierung Tatkraft beweisen, wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, die Informationsfreiheit zu beschließen.

✉ a.gantner@nachrichten.at

## ÜBERBLICK

## Klausur in Bad Leonfelden

**BAD LEONFELDEN.** Oberösterreichs VP-FP-Regierungskoalition ist heute auf Klausur in Bad Leonfelden. Im Zentrum stehen das Thema leistbares Wohnen, das Landesbudget sowie Unterstützungen für die Wirtschaft. Oberösterreich habe schon jetzt gemeinsam mit dem Burgenland die geringste Belastung der Haushaltseinkommen durch Wohnkosten, so Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) und Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FP).

# Aus für Amtsgeheimnis: Neos warnen vor „Dunkeldörfern“

Die Opposition fordert Tempo beim Informationsfreiheitsgesetz - Neos-Chefin Meinel-Reisinger befürchtet zu viele Ausnahmen

**WIEN.** Es ist eine nahezu endlose Geschichte: Seit Jahren wird ein Informationsfreiheitsgesetz gefordert. Doch obwohl ÖVP und Grüne sich im Regierungsprogramm darauf verständigt haben und ein Gesetzesentwurf so gut wie fertig ist, geht nichts weiter. Ein solches Gesetz würde Österreich modernisieren und die Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden transparenter machen. Die Bürger und Bürgerinnen hätten dadurch die Möglichkeit, sich über Umwidmungen im eigenen Ort zu informieren, die Ministerien müssten ihre Studien veröffentlichen, das Amtsgeheimnis, das noch aus dem Jahr 1925 stammt, würde abgeschafft.

Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger machte am Sonntag neuerlich Druck. „Die Regierung muss endlich liefern“, sagte sie. Doch stattdessen würde das Thema zwischen Bund und Ländern wie eine heiße Kartoffel hin und her gereicht.

## Zweidrittel-Mehrheit nötig

Meinel-Reisinger warnte zudem davor, das Gesetz zu sehr zu verwässern. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Dunkeldörfer in Österreich entstehen, in denen weiter nach Gutdünken umgewidmet werden kann“, spielte sie auf die zahlreichen Grundstücksengeschäfte des Gemeindebund-Präsidenten Alfred Riedl an. Ebenso wenig dürfe es Ausnahmen für die Kammern geben, mahnte Meinel-Reisinger. Diese würden sonst „Dunkelkammern“ bleiben. So können sich derzeit Funktionäre von Wirtschafts- und Arbeiterkammer auf die Amtsverschwiegenheit berufen. „Machen wir endlich Nägel mit Köpfen“, appellierte Meinel-Reisinger. „Beschließen wir die Informationsfreiheit in der nächsten Sitzung.“

Ein so rascher Beschluss ist freilich nicht zu erwarten. Denn



Mehr Einsicht für die Bürger in die Vorgänge der Behörden.

Foto: Weibold

auch wenn sich ÖVP und Grüne einigen, so ist dafür trotzdem noch die Zustimmung von SPÖ oder FPÖ nötig. Im Gespräch mit den OÖN signalisierte FP-Verfassungssprecher Harald Stefan Zustimmung. „Wir sind grundsätzlich für ein Informationsfreiheitsgesetz. Es geht um den konkreten Entwurf“, sagte er.

In der SPÖ hatten sich die Landeshauptleute Michael Ludwig (Wien) und Peter Kaiser (Kärnten) stets zögerlich gezeigt und Adaptionen gefordert. Doch auch SP-Verfassungssprecher Jörg Leichtfried fordert nun Tempo ein. „Als Sozialdemokratie haben wir immer die Idee eines Informationsfreiheitsgesetzes unterstützt.

Am 30. Juni hätte die Koalition eigentlich einen Entwurf einbringen sollen. Es ist hoch an der Zeit dafür, wir sind die Letzten in der EU“, sagte er zu den OÖN.

## Verfassungsmehrheit bei Miete

Auch bei der von der Koalition vorgelegten Mietpreisbremse ist eine Verfassungsmehrheit nötig. VP-Klubobmann August Wöginger kann sich vorstellen, dass der Gesetzgeber auch bei den freien und nicht nur bei den regulierten Mieten eingreift. „Das geht sicherlich auch nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament“, sagte Wöginger. Man werde deshalb die Opposition zu Gesprächen einladen. (gana)

## Karas kritisiert „Anbiederung an die FPÖ“

**WIEN.** Mit dem Thema „Aufwachen, bevor es wieder finster wird“ ging das Burgtheater am Sonntag in die neue Spielsaison. Bei der Veranstaltung von Burgtheater und „Süddeutscher Zeitung“ ging es um den Machtzuwachs von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen in Europa. EU-Mandatar Othmar Karas (VP) ging dabei auch scharf mit der eigenen Partei ins Gericht, die eine „zu starke Anbiederung“ an die FPÖ betreibe. Zuvor hatte der deutsche Publizist Michel Friedman die (aktuellen und einstigen) schwarz-blauen Koalitionen auf Bundes- und Landesebene kritisiert.

Für sich wies Karas die Kritik Friedmans zurück. Er habe die jüngste VP-FP-Koalition in Niederösterreich bekämpft und sei stets gegen die „Anbiederung an rechte Ränder“ eingetreten, sagte Karas. Im Übrigen sei es die SPÖ unter Bruno Kreisky gewesen, die als Erstes mit der FPÖ eine Allianz eingegangen sei. Karas meinte damit die Duldung von Kreiskys SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ 1970.

## Riedl zieht sich offenbar zurück

**GRAFENWÖRTH.** Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, der sein Amt bis zur nächsten Vorstandssitzung im März 2024 ruhend gestellt hat, soll seinen kompletten Rückzug planen. Dem VP-Politiker wird vorgeworfen, er habe in Grafenwörth (Bez. Tulln), wo er Bürgermeister ist, durch Grundstücksverkäufe mehr als eine Million Euro verdient.

Zwei Prüfverfahren laufen. Riedl wolle die Ergebnisse abwarten und sich dann erklären, sagen die Gemeindebund-Vizepräsidenten Andrea Kaufmann und Erwin Dirnberger. „Wir werden uns zeitnah – möglichst noch heuer, aber spätestens beim nächsten Bundesvorstand – um die organisatorische Neuaufstellung kümmern.“

Intern soll Riedl laut Ö1 signalisiert haben, dass er nicht mehr in sein Amt als Gemeindebund-Präsident zurückkehren wird.

# Finanzausgleich: Länder pochen auf neuen Verteilungsschlüssel

An Steuerhoheit des Bundes wollen aber weder Kärntens Landeschef Kaiser (SP) noch Oberösterreichs Landeschef Stelzer (VP) rütteln

**WIEN.** Am Montag, 18. September, ist der nächste wichtige Termin für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs (FAG). Da kommen die neun Landeshauptleute in Wien zur Konferenz zusammen, um eine gemeinsame Antwort auf das jüngste Angebot des Bundes zu formulieren.

Der Tenor aus den Ländern auf das am Freitag vorgelegte Angebot des Bundes (die OÖN berichteten) ist – in abgestufter Freundlichkeit – ähnlich: ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein Durchbruch. So bewertete auch Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) – im Ton tendenziell noch am positivsten – das Angebot.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SP), der ebenfalls Teil des Länderverhandlungsteams ist, gab sich zwar erfreut, dass „endlich Bewegung“ in die Verhandlungen komme. Er pocht aber weiter auf eine Änderung des Verteilungs-



Landeshauptleute Kaiser (SP), Haslauer (VP) wollen mehr Geld für die Länder, Linzer Stadtchef Luger (SP) pocht auf mehr Geld für Städte und Gemeinden.

Fotos: APA/Eggenberger, APA/Neumayr, Weibold

schlüssels bei der Aufteilung der jährlichen Steuereinnahmen in Höhe von rund 90 Milliarden Euro – derzeit lautet der Schlüssel 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder, 12 Prozent Städte und Gemeinden.

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (VP) wies wie Ludwig darauf hin, dass gerade jene Bereiche, in denen die Kosten besonders stark steigen (z.B. Gesundheit), in Länderkompetenz seien. „Wir werden das alleine ohne Änderung des Schlüssels nicht

mehr schaffen“, sagte Haslauer.

Das betonte auch der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SP) in der ORF-Pressestunde. Die Kosten in von den Ländern und Gemeinden verantworteten Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung oder Bildung seien „exorbitant gestiegen“. Daher brauche man mehr Mittel. Ohne Einigung drohten Einschränkungen, warnte Kaiser.

Mehr Geld insbesondere für die Städte und Gemeinden forderte

der Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP). Die Städte und Gemeinden seien mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert. „Einschnitte in Kinderbetreuung, Gesundheit, Sozialem oder Pflege sind aber nicht akzeptabel“, sagte Luger. Er fordert einen Verteilungsschlüssel, bei dem der Bund künftig 65 Prozent, die Länder weiter 20 und die Städte und Gemeinden künftig 15 Prozent der Steuereinnahmen bekommen sollten.

Im Finanzministerium nannte man gestern „eine bloße Veränderung des Verteilungsschlüssels nicht zielführend“. Nötig seien gezielte Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung. Der am Freitag vorgeschlagene „Zukunftsfonds“ soll laut Ministerium dabei helfen.

Der mit Abstand größte Teil des Steuerkuchens wird in Österreich vom Bund eingehoben. Sollte man alternativ darüber nachdenken,

den Bundesländern eine größere Eigenständigkeit beim Einheben von Steuern zu geben?

Das halten weder Oberösterreichs Landeshauptmann Stelzer noch der Kärntner Landeschef Kaiser für sinnvoll.

Für Oberösterreich wäre eine solche Steuerhoheit zwar „wahrscheinlich sogar ein Vorteil“, sagt Stelzer im OÖN-Gespräch. „Denn wir sind ein wirtschaftsstarkes Bundesland.“ Angesichts der Größe Österreichs sei eine Diskussion über eine Aufsplitterung der Steuersysteme auf die Bundesländer „aber wenig zielführend“, sagt Stelzer. In der Schweiz, wo die einzelnen Kantone eine beträchtliche Steuerhoheit haben, gebe es im Hintergrund „sehr komplizierte Ausgleichsmechanismen“.

Dass der Bund den Großteil der Steuern einhebt, nennt auch Kaiser „den effizientesten, aber auch effektivsten Weg“. (mst)